

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 19. Dezember 2012**

**3455. 2010/476**  
**Postulat von Dr. Guido Bergmaier (SVP) und Dr. Daniel Regli (SVP) vom**  
**17.11.2010:**  
**Abbau der Integrationsbemühungen in der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

*Dr. Daniel Regli (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 767/2010): Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Integrationsbemühungen in der Stadt Zürich abgebaut und die existierenden Angebote auf ihre dringliche Notwendigkeit hin überprüft werden können und wie die Effizienz und Nachhaltigkeit für jedes einzelne Projekt nachgewiesen werden kann. Viele halten das, was in den Integrationsbemühungen gemacht wird, für notwendig. Das Schwergewicht soll allerdings unserer Meinung nach auf der Überprüfung der Effizienz und Nachhaltigkeit der Projekte liegen. Offenbar kann man aus Datenschutzgründen nicht ausweisen, was die Sozialprojekte nachhaltig bewirken. Man kann die Klienten nicht längerfristig via Monitoring begleiten. Der Sozialstaat breitet sich in seiner Wohltätigkeit aus. Uns geht es im Gegensatz zu den Gutmenschen nicht primär darum, Gutes zu tun, sondern, Gutes zu bewirken. Eine Wirkung kann man aber nur durch Monitoring feststellen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Integration ist eine staatliche Aufgabe. Das ist auf Bundesebene festgelegt. Integration findet primär in den Regelstrukturen statt und nur bei besonderem Bedarf in spezifischen Integrationsmassnahmen. Die Effizienz, Nachhaltigkeit und Überprüfung der Angebote, die hier gefordert werden, sind bereits gängige Praxis. Unsere Integrationspolitik ist transparent. Unsere integrationspolitischen Leitlinien verfolgen sechs Stossrichtungen: Chancengleichheit erhöhen, Eigenverantwortung ermöglichen, Willkommenskultur pflegen, gutes Zusammenleben fördern, Herausforderungen angehen und eine aktive integrationspolitische Positionierung. Die Umsetzung dieser Ziele erfolgt im Rahmen der gegebenen Budgets und bei den Regelstrukturen. Die spezifischen Integrationsangebote der Stadt basieren in aller Regel auf Analysen. Sie werden evaluiert und basieren oft auf Entscheiden aus dem Gemeinderat.*

2 / 2

Weitere Wortmeldungen:

**Ursula Uttinger (FDP):** *Integration ist klar eine Staatsaufgabe. Wir müssen uns aber immer wieder die Frage stellen, was wir tatsächlich unternehmen müssen. Dazu ist es sinnvoll, sich über die Effizienz und Nachhaltigkeit Gedanken zu machen. Wir würden folgende Textänderung beantragen: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Integrationsbemühungen in der Stadt Zürich abgebaut werden können. Die existierenden Angebote sind auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Deren Effizienz und Nachhaltigkeit sind nachzuweisen.» Wir möchten weg von jedem einzelnen Projekt. Das würde in einer Bürokratie ausarten. Auch der Begriff «dringend» ist nicht dringend.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Integrationsbemühungen in der Stadt Zürich abgebaut werden können. Die existierenden Angebote sind ~~dringend~~ auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Deren Effizienz und Nachhaltigkeit sind ~~für jedes einzelne Projekt~~ nachzuweisen.

Das Postulat wird mit 41 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat